

## **Pressespiegel vom 13.12.2011**

### **Sächsische Zeitung**

#### **Handyaffäre wird zum Fall für die Justiz**

Dresden. Erstmals wehren sich Betroffene der massenhaften Abfrage von Handydaten im Zuge von Anti-Neonazi-Protesten vor Gericht. Die beiden Landtagsabgeordneten der Linken, Rico Gebhardt und Falk Neubert, wollen vom Amtsgericht Dresden feststellen lassen, dass die Aktion von Polizei und Staatsanwaltschaft rechtswidrig war.

Für Anwalt André Schollbach verstößt das Erfassen von mehr als einer Million Handydaten am 19. Februar in Dresden gegen die Verhältnismäßigkeit. Er führte mehrere Urteile aus anderen Bundesländern an, die seine Rechtsauffassung stärken. Zudem hätten Polizei und Verfassungsschutz Videoaufzeichnungen gemacht, bei rund 2500 Demonstranten sei die Identität festgestellt worden. „Es war nicht erforderlich, eine Funkzellenabfrage durchzuführen“, sagte Schollbach gestern. Gebhardt warnte vor der Kriminalisierung von Protesten gegen Rechtsextremisten. (SZ/ale)

<http://www.sz-online.de/nachrichten/artikel.asp?id=2935976>

---

### **Radio Dresden**

#### **Dresdner Handydatenaffäre nun Gerichtssache**

Der Streit um die massenhafte Erhebung von Handydaten bei den Anti-Nazi-Demonstrationen am 19. Februar wird nun das Amtsgericht Dresden beschäftigen. Zwei Landtagsabgeordnete, haben heute entsprechende Anträge eingereicht. Sie kritisieren, dass unter anderem gegen das Telekommunikationsgeheimnis verstoßen wurde. Die Polizei hätte bei Straftaten auch anders ermitteln können. Die Erfassung von über einer Million Handydaten hatte bereits in den vergangenen Monaten Debatten unter Datenschützern und Politikern ausgelöst.

<http://www.radiodresden.de/nachrichten/lokalmeldungen/dresdner-handydatenaffaire-nun-gerichtssache-498386/>

---

### **Mitteldeutscher Rundfunk**

#### **Streit um Polizeiaktion: Linke klagen wegen Handydatenabfrage vor Gericht**

Die massenhafte Abfrage von Handydaten während der Proteste von Neonazi-Aufmärschen im Februar in Dresden wird ein Fall für die Justiz. Der sächsische Linken-Landesvorsitzende Rico Gebhardt und der Landtagsabgeordnete Falk Neubert haben am Montag beim Amtsgericht Dresden einen entsprechenden Antrag eingereicht. Die Linken-Politiker wollen damit erreichen, dass die Rechtswidrigkeit der Funkzellenabfrage festgestellt wird. In einem rund 25 Seiten umfassenden Schriftsatz berufen sich die Abgeordneten vor allem auf das Grundrecht der Telekommunikationsfreiheit.

## "Pauschal unterzeichnete Anträge"

Die beiden Antragsteller werfen Polizei und Staatsanwaltschaft unter anderem vor, dass die gesetzlichen Voraussetzungen für die Erhebung der sogenannten Verkehrsdaten der Handys damals nicht gegeben waren. Auch habe der zuständige Ermittlungsrichter die Anträge der Staatsanwaltschaft nur pauschal gegengezeichnet. Der Dresdner Linken-Stadtrat und Rechtsanwalt André Schollbach, der Gebhardt und Neubert vor Gericht vertritt, kritisierte, ein Richter sei "nicht nur das Sekretariat der Staatsanwaltschaft". Zudem wird die Verhältnismäßigkeit der richterlichen Anordnung von Schollbach angezweifelt. Mit umfangreichen Ton- und Videoaufnahmen sowie der Identitätsfeststellung von rund 2.500 Personen hätten "erheblich mildere Mittel zur Verfolgung von Straftaten" zur Verfügung gestanden. "Es war nicht erforderlich, eine Funkzellenabfrage durchzuführen", sagte der Anwalt. Dass die abgefragten Daten auch Monate nach den Vorfällen noch immer nicht gelöscht sein sollen, kritisierte er ebenfalls.

## Möglicherweise weitere Klagen

Wann das Dresdner Amtsgericht in der von den Linken-Politikern angestregten Sache entscheidet, steht noch nicht fest. Nach Angaben von Schollbach soll es aber offenbar nicht bei den beiden Anträgen bleiben. Es könnte noch "eine Vielzahl" weiterer Betroffener gegen die Abfrage der Handydaten auf dem Rechtsweg vorgehen.

Polizei und Staatsanwaltschaft hatten am 13., 18. und 19. Februar 2011 in Dresden im Rahmen von sogenannten "Strukturermittlungen" gegen eine mutmaßliche kriminelle Vereinigung mehrere Funkzellenabfragen durchgeführt. Betroffen waren Personen, die sich an teilweise gewaltsamen Protesten gegen Neonazi-Aufmärsche beteiligten. Dabei war der Mobilfunk in großen Teilen des Dresdner Stadtgebietes zum Teil bis zu 48 Stunden lang überwacht worden. Das LKA Sachsen erhob dabei insgesamt rund eine Million Datensätze, die an die Sonderkommission 19/2 der Dresdner Polizei übermittelt wurden. Die Mehrzahl der Funkzellenabfragen wurde durch den sächsischen Datenschutzbeauftragten als rechtswidrig eingestuft und gegenüber der Landesregierung beanstandet.

Zuletzt aktualisiert: 12. Dezember 2011, 16:35 Uhr

<http://www.mdr.de/sachsen/handydaten-afaere100.html>

---

## **Landtags-Kommission befasst sich mit Johannegeorgenstadt – Nachrichten MDR 1 Radio Sachsen**

Dresden - Die Parlamentarische Kontrollkommission des Sächsischen Landtags befasst sich heute mit der rechten Szene in Johannegeorgenstadt. Ein Spezialeinsatzkommando der Polizei hatte dort am Sonntag einen mutmaßlichen Unterstützer der Zwickauer Terroristen festgenommen. Gestern Abend ordnete der Bundesgerichtshof an, den Mann in Untersuchungshaft zu nehmen. Unterdessen berichtet die "Bild-Zeitung", das Bundeskriminalamt habe zwei weitere Bekennervideos der Zwickauer Terroristen entdeckt. Aus ihnen gehe hervor, dass die drei eine Mordserie geplant hatten.

<http://www.mdr.de/sachsen/nachrichten102.html#anchor1>

---